

Sehr geehrte Damen\*Herren,  
der Verein vielbunt setzt sich das ganze Jahr über ehrenamtlich für ein vielfältiges und tolerantes Darmstadt ein und engagiert sich auf vielen Ebenen für die Interessen und Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, inter und queeren Menschen (LSBT\*IQ) in der Stadt. vielbunt e.V. sieht sich als Gestalter queeren Lebens sowie als Ansprechpartner und Sprachrohr für LSBT\*IQ. Aus diesem Grund nehmen wir die anstehenden hessischen Kommunalwahlen am 15. März 2026 zum Anlass, queere Forderungen an die Stadtpolitik zu formulieren. Diese sollen für die Bürger\*innen als Wahlprüfsteine auf unserer Webseite veröffentlicht werden.  
Wir bitten Sie zu den folgenden elf Forderungen um eine Antwort bis zum 23. Dezember 2025 an [info@vielbunt.org](mailto:info@vielbunt.org).  
Für Rückfragen oder ein Gespräch zu den Themen stehen wir gerne zur Verfügung.  
Mit freundlichen Grüßen  
Jan Bambach Christopher Januschkowetz  
*1. Vorsitzender Stellv. Vorsitzender*

## **Einleitung der Beantwortung der vorgelegten Fragen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
bedauerlicherweise habe Sie ein persönliches Gespräch zur Transparenz ihrer Fragen ohne Gründen, nach einer Zusage, plötzlich abgelehnt. Das ist für Sie sehr bedauerlich, haben Sie sich so um die Möglichkeit sich und Ihren Verein, Wünsche und Vorstellung, Einblick in die Vereinsarbeit darzustellen versäumt.

Ich bin bereit in meiner Funktion als Stadtverordneter ihre "Forderungen" zu kommentieren, weise aber darauf hin das bei mir einiges Unverständnis ihrer Fragen / Wünsche betreffend vorliegt.

Ich bin mir ehrlich gesagt nicht sicher ob sie die Position eines Stadtverordneten/Fraktion und deren Möglichkeiten so richtig verstanden/verinnerlicht haben, kurz gesagt was wir können was nicht, wie die (Nach HGO Gesetzlich geregelt) Vorgehensweisen und Abläufe sind, hier empfehle ich dringend sich besser zu informieren.

Dieses Informations/Wissensdefizit stellt sich dann doch bei fast durchgängig allen Fragen/"Forderungen" dar, die schon alleine durch Zuständigkeiten nicht Korrekt beantwortet werden können, wie soll ihnen denn da eine Fraktion weiterhelfen ?

Es ist nicht meine Art nur weil Wahlkampf ist alles zu befürworten und Rosarot zu allem zuzustimmen und alles versprechenden Antworten abzufassen.

Meine Antworten sind nach bestem Wissen gegeben und nicht um deshalb Kreuze auf dem Wahlzettel zu bekommen. Deshalb gefällt die ein oder andere Antwort vielleicht nicht, entspricht aber den Tatsachen oder dem Aktuellen Wissensstand des Verfassers.

Wir, die Fraktionen/Stadtverordneten sind für **Alle** da, eine Priorisierung einzelner ist für **mich** nicht zulässig weil unfair anderen gegenüber und wird von mir abgelehnt. Im Rahmen meiner Möglichkeiten bin ich jedoch bei jeder Persönlichen Anfrage bemüht weiterzuhelfen oder zu vermitteln.

Positive Absichtsbekundungen ohne realistische Chancen nur um zu gefallen ohne Substanz lehne ich ab, auch wenn Wahlen bevorstehen.

Nach meiner kleinen Anfrage ende Juli dieses Jahres zur Immobilie Oettinger Villa die auch die Nutzer der Immobilie Betreffen liegt eine durchaus erhellende ausführliche Antwort vor und ist, zu ihrer Information, ALLEN Fraktionen, wie bei allen anderen kleinen Anfragen auch, zugegangen.

### **1: Soziale Sicherheit und Gesundheit 1.1: Gezielte Hilfen für LSBT\*IQ Jugendliche**

Wir fordern gezielte Hilfen für LSBT\*IQ-Jugendliche, die ihr Zuhause verlassen müssen. Konkret braucht es eine feste, spezialisierte Ansprechperson im Jugendamt und die Bereitstellung sicherer Unterkünfte in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe. *In den vergangenen Jahren kam es mehrfach zu Fällen, in denen queere Jugendliche in ihren Familien psychische oder physische Gewalt erlebt haben. Häufig fühlen sich die zuständigen Stellen nicht verantwortlich, Betroffene werden zwischen Institutionen hin- und herverwiesen. Die wenigen queeren Wohnangebote, etwa von PaSo oder in Frankfurt, sind dauerhaft überlastet und haben lange Wartezeiten. Es braucht daher auch kurzfristige Schutzmöglichkeiten und eine bessere Qualifizierung von Fachkräften im Jugendamt. Jugendliche, die Diskriminierung oder Gewalt durch die eigene Familie erleben, sind erheblich gefährdet. Ohne Schutz und Unterstützung drohen schwerwiegende Traumata.*

#### **ANTWORT:**

**Das Problem ist bekannt, wir sehen den hier den Bedarf und drängen auf schnellstmöglich, soweit durchsetzbar und finanzierbar Abhilfe für alle Betroffenen Personengruppen. Leider stehen hier der Fachkräftemangel, die Qualifizierung und Zuständigkeiten dem Teilweise entgegen.**

### **1.2: Schaffung queer-sensibler Angebote in der Senior\*innenarbeit und Altenpflege**

Wir fordern die Entwicklung eines städtischen Handlungskonzepts "Queer im Alter". Dieses soll die Zertifizierung queer-sensibler Pflegeeinrichtungen, regelmäßige Schulungen für Pflegepersonal und die Förderung von sozialen Treffpunkten für queere Senior\*innen beinhalten.

*Viele queere Menschen der älteren Generation haben ein Leben lang Diskriminierung erfahren. Die Angst davor, sich in Pflegeeinrichtungen oder gegenüber Pflegediensten outen zu müssen, führt oft zur Vereinsamung und dazu, die eigene Identität wieder zu verbergen. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter muss für alle Menschen möglich sein. Wir sehen hier die Einrichtungen und Konzepte in Nachbarstädten wie Frankfurt am Main und Mannheim als Vorbilder.*

#### **ANTWORT:**

**Wir stehen solchen Einrichtungen und Konzepten generell positiv gegenüber. Allerdings ist hier eine Privatrechtliche Zuständigkeit der Betreiber der Einrichtungen nicht zu übersehen, von denen Initiativen ausgehen müssen, wobei hier der noch zu ermittelnde Kostenfaktor sicherlich eine Rolle spielen wird.**

### **1.3: Verbesserung der Gesundheitsversorgung für queere Menschen**

Wir fordern die Förderung der Ansiedlung einer PrEP-Praxis in Darmstadt im Rahmen der GKV. Außerdem fordern wir den Erhalt der stabilen und niedrighschwelligen Testkapazitäten des Gesundheitsamtes sowie der Aidshilfe Darmstadt e.V..

*Die Gesundheitsvorsorge für viele queere Menschen ist erheblich erschwert, da sie für eine adäquate Versorgung auf Praxen in Mannheim, Wiesbaden oder Frankfurt ausweichen müssen. Dort treffen sie zum Teil auch noch auf Wartelisten. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Wir fordern deshalb, dass diese Versorgung für die anerkannte Präventionsstrategie sowie für die HIV-Therapie in Darmstadt möglich gemacht wird. Außerdem fordern wir den Erhalt eines langfristig verlässlichen Zugangs von niedrighschwelligen STI Testmöglichkeiten im Gesundheitsamt und bei der Aidshilfe Darmstadt e.V.. Beide Angebote erreichen unterschiedliche Zielgruppen und bieten jeweils andere Zugangswege an, sie ergänzen sich dabei fachlich sinnvoll.*

#### **ANTWORT:**

**Die derzeitig anhaltenden Probleme beim Nachwuchs im Gesundheitsbereich allgemein und auch bei Wohnortnahe Praxen zur Versorgung ALLER ist bekannt und kann (nur) Kommunalpolitisch nicht gelöst werden. Hierzu bedarf es andere Mechanismen und Zuständigkeiten. Soweit im Zuständigkeitsbereich der Stadt Darmstadt werden soweit möglich und Gesetzlich vorgegeben die Kapazitäten bereitgestellt. Inwieweit die derzeitige Haushaltslage solche Projekte Priorisieren könnte bleibt Fraglich.**

## **2: Bildung und Aufklärung**

### **2.1: Queere Sensibilisierung in der Kinderbetreuung**

Wir fordern regelmäßige Bildungsangebote für Mitarbeitende in Kitas und Grundschulen zum Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien.

*Pädagog\*innen und Erzieher\*innen erleben die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Regenbogenfamilien im Alltag, sind aber unserer Erfahrung nach häufig nicht im Umgang damit oder in der Kommunikation mit Eltern geschult. Eine adäquate fachliche Sensibilisierung sowie Ausstattung mit hilfreichem Material ist dringend notwendig.*

#### **ANTWORT:**

**Im Rahmen der Ausbildung werden alle Relevanten Aspekte vermittelt, bei nicht ausreichender Ausstattung die ihnen bekannt werden wenden sie sich an das zuständige (Schul) Amt und bringen dort ihre Vorschläge ein.**

### **2.2: Aufarbeitung und Sichtbarmachung queerer Stadtgeschichte**

Wir fordern, dass die Stadt ein Projekt zur Erforschung und öffentlichen Darstellung der queeren Geschichte Darmstadts initiiert und finanziert. Dies kann in Form einer Ausstellung, einer Publikation oder thematischen Stadtrundgängen geschehen.

*Queeres Leben war immer Teil der Stadtgeschichte, wurde aber oft verfolgt oder unsichtbar gemacht. Die Aufarbeitung ist ein Akt der Anerkennung und stärkt die Identität*

der Community und das Geschichtsbewusstsein der gesamten Stadt. Es existieren bereits zwei Stolpersteine für schwule Opfer der NS-Zeit sowie das Mahnmal "Die Schattenseite des Regenbogens" für die Opfer des § 175 StGB. Für die Errichtung der Stolpersteine und des Mahnmals wurden die nötigen historischen Informationen von der Arbeitsgemeinschaft Homosexuelle und Kirche (HuK) recherchiert. Diese könnte bei ihren Recherchen und Dokumentationen gezielt unterstützt werden.

**ANTWORT:**

**Wenden sie sich hierzu an den Dachverband Kultur Da. eV. der sich mit der Stadtgeschichte eingehend und kompetent befasst und sicher als Ansprechpartner gerne zur Verfügung steht.**

### **3: Öffentliche Infrastruktur und Sichtbarkeit**

#### **3.1: Einrichtung von Unisex-Toiletten, -Duschen und -Umkleiden**

Wir fordern, dass auch in bestehenden städtischen Gebäuden wie Schulen, Bürgerhäusern und Sportstätten Alternativen zu binären Toiletten, Duschen und Umkleieräumen eingerichtet werden. *Die binäre Aufteilung von diesen Einrichtungen schließt inter\*, trans\* und nicht-binäre Menschen faktisch aus oder setzt sie erheblichen Belastungen aus, insbesondere wenn ihre Geschlechtsidentität nicht eindeutig "gelesen" wird.*

**ANTWORT:**

**wie im Karo Gebäude der TU Darmstadt schon integriert kann sollten Sie so ein Vorhaben so es Finanziell und Baulich möglich ist beim Immobilien Eigentümer / Betreiber anregen.**

#### **3.2: Umfassende Barrierefreiheit im Queeren Zentrum**

Wir fordern die Herstellung von umfassender Barrierefreiheit im Queeren Zentrum Darmstadt, mindestens durch einen rollstuhlgerechten Zugang und eine barrierefreie Toilette.

*Das Queere Zentrum Darmstadt soll allen queeren Menschen offenstehen. Der aktuelle, nicht barrierefreie Zustand stellt eine klare Diskriminierung von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen dar und ist auch ab dem 01.01.2028 nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar. Nutzungseinschränkungen müssen aufgrund der Wichtigkeit der Angebote so minimal wie möglich gehalten werden.*

**ANTWORT:**

**Die von ihnen genutzten Räumlichkeiten in der Oettinger Villa werden ihnen KOMPLETT Kostenfrei zur Verfügung gestellt. Wie Sie sicher wissen ist die Oettinger Villa ein Kulturdenkmal das nicht so einfach baulich verändert werden kann. Ob ihr Wunsch Aussicht auf Umsetzbarkeit hat besprechen Sie mit der Zuständigen Denkmalschutz Behörde.**

## **4: Kommunales Handeln und gesellschaftliche Verantwortung**

### **4.1: Stärkung der Koordinationsstelle LSBT\*IQ und diskriminierungsfreie**

#### **Verwaltung**

Wir fordern die aktive Weiterentwicklung der neu geschaffenen städtischen Koordinationsstelle LSBT\*IQ für queere Belange und ihrer Bestrebungen.

*Es braucht sichtbare Initiativen wie die Mitgliedschaft im "Rainbow Cities Network" oder die Unterstützung von Rainbow Refugees, die durch die Koordinationsstelle initiiert werden können. Wir fordern weiterhin, dass die Koordinationsstelle dafür sorgt, dass TIN\* (trans, inter und nicht-binäre) Personen ausdrücklich in die städtischen Schutzkonzepte aufgenommen werden. Zuletzt fordern wir, dass die Stadt Darmstadt in allen Publikationen, Formularen und Verwaltungsprozessen konsequent diskriminierungsfreie Sprache verwendet.*

#### **ANTWORT:**

**Für ihre Vorschläge setzten sie sich mit der Koordinationsstelle in Verbindung und unterbreiten diese dort zur weiteren Veranlassung/Prüfung.**

**Seit Frühjahr 2024 ist die Verwendung von Genderzeichen in offiziellen Schreiben und bei Prüfungen (z.B. Abitur) untersagt und wird sanktioniert.**

- **Hochschulen: Das Verbot gilt hier primär für die Verwaltung; Lehre, Forschung und Kunstfreiheit bleiben von dem Verbot ausgenommen.**
- **Begründung: Die Regierung begründet dies mit der Forderung nach einer klaren, bürgernahen und verständlichen Sprache, die auch die Kriterien des Rats für deutsche Rechtschreibung (Lesbarkeit, Vorlesbarkeit) erfüllt.**
- **Umsetzung: Hessen geht mit dem Verbot weiter als andere Bundesländer wie Bayern, da hier Verstöße in Prüfungen zu einer schlechteren Benotung führen können.**

### **4.2: Aktive Teilnahme am Netzwerk gegen Gewalt**

Wir fordern, dass die Stadt Darmstadt aktiv am "Netzwerk gegen Gewalt" des Landes Hessen teilnimmt und sich mit eigenen Initiativen zur Prävention von queerfeindlicher Gewalt einbringt.

*Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Darmstadt muss Teil dieses Netzwerks werden, um queere Menschen in der Stadt besser zu schützen. Dies sollte mit einer Teilnahme am Programm "Gewalt-Sehen-Helfen" des "Netzwerk gegen Gewalt" geschehen.*

#### **ANTWORT:**

**Wir sind gegen eine Priorisierung, Hervorhebung einzelner, wir sind für Gewaltprävention ALLE! betreffend und der Teilnahme am Netzwerk gegen Gewalt des Landes Hessen.**

## **5: Förderung und Absicherung queerer Strukturen**

### **5.1: Dritte Teilzeitstelle für das Queere Jugendzentrum**

Wir fordern die Schaffung einer dritten Teilzeitstelle bei vielbunt e.V. im Queeren Jugendzentrum, um die stetig wachsenden Aufgaben zu bewältigen und die Vielfalt der queeren Jugendlichen abbilden zu können.

*Die besonderen Anforderungen der Zielgruppe des Queeren Jugendzentrums benötigen ein breiter und vielfältiger aufgestelltes pädagogisches Team, als es in anderen Jugendzentren womöglich ausreichend ist. Die übliche Besetzung mit einer "männlichen" und einer "weiblichen" Kraft wird trotz großem Einfühlungsvermögen der Mitarbeitenden einem bedeutenden Teil der Jugendlichen nicht gerecht. Ab dem 01.01.2028 ist der Personalschlüssel mit weniger als drei Teilzeitstellen zur inklusiven Betreuung nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar.*

#### **ANTWORT:**

***So es die Gesetzlichen Vorgaben vorschreiben und die Finanziellen Möglichkeiten es ermöglichen wird zum gegebenen Datum nach vorheriger Prüfung des Zuständigen Amtes aufgrund ihres noch zu stellenden Antrages entschieden werden.***

### **5.2: Jährliche Förderung des CSD Darmstadt**

Wir fordern eine jährliche Förderung des CSD Darmstadt in angemessener Höhe sowie den Wegfall erhobener Gebühren für die Veranstaltung.

*Der CSD Darmstadt ist ehrenamtlich organisiert, muss aber aktuell hohe Gebühren an die Stadt zahlen. In anderen Städten wie Wiesbaden erhält der CSD hingegen sogar eine Förderung. Das steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Veranstaltung für Sichtbarkeit und Akzeptanz queeren Lebens.*

#### **ANTWORT:**

***Sie erhalten/Erhielten Zuschüsse in Höhe von***

***2023: 120.672,60 Euro***

***2024: 133.874,18 Euro***

***10.000.- Euro Jährliche Mitgliedsbeiträge (geschätzt bei 400 Mitgliedern)***

***Es ist zu vermuten das die Gebühren der Stadt nicht so hoch ausfallen als das Sie die nicht bestreiten könnten. Hier gilt gleiches Recht für ALLE ! Vielbunt kann und sollte sich hier keine Sonderstellung zu eigen machen um nicht aus dem Rahmen derer die die Gebühren zahlen zu fallen und vermutlich nicht über diese Finanziellen Ausstattung verfügen.***

***Mit freundlichen Grüßen***

***H.Uhl***

